

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler Republik Österreich
Ballhausplatz 2, 1010 Wien



Frau
Präsidentin des Bundesrates
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Wien, am 8. Mai 2025

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

unter Bezugnahme auf Art. 23c Abs. 5 B-VG darf ich in der Anlage den Ministerratsvortrag vom 23.4.2025 samt der von der Bundesregierung beschlossenen Liste der österreichischen Mitglieder für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss für die Amtsperiode 2025 bis 2030 sowie das Beschlussprotokoll (siehe TOP 5) mit der Bitte um Kenntnisnahme übermitteln.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in green ink, appearing to read 'Christian Stocker', written in a cursive style.

Beilagen

BJA: 2025-0.309.504

BESCHLUSSPROTOKOLL Nr. 7

über die Sitzung des Ministerrates am 23. April 2025

1. Der Ministerrat genehmigt die Beschlussprotokolle Nr. 6 und 6a und beschließt, die Tagesordnung um die Punkte 10 bis 14 zu erweitern.
2. Der Ministerrat nimmt von den ihm vorliegenden Mitteilungen und Resolutionen 1 bis 6 Kenntnis.
3. Personalangelegenheiten (siehe Beilage).
Die Anträge werden angenommen.
4. Berichte von Ratssitzungen.
 - 4.1 Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Zahl 2025-0241.509, betreffend Tagung des Rates Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 10. März 2025 in Brüssel.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
5. Bericht des Bundeskanzlers, Zahl 2025-0.148.566, betreffend Nominierung der österreichischen EWSA-Mitglieder 2025 bis 2030.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
6. Bericht des Bundeskanzlers, Zahl 2025-0.216.019, betreffend Gesetzesbeschluss des Oberösterreichischen Landtages vom 6. März 2025 betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Hundehaltegesetz 2024 geändert wird (Oö. Hundehaltegesetz-Novelle 2025).
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
7. Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, Zahl 2024-0731.562, betreffend Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Mongolei über die Visumfreiheit für die Inhaber von biometrischen Diplomatenpässen; Unterzeichnung und Inkraftsetzung.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.

8. Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, Zahl 2024-0.731.568, betreffend Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Mongolei über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen); Unterzeichnung und Inkraftsetzung.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
9. Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, Zahl 2025-0.170.621, betreffend Konvention über das Sekretariat der Europäischen Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC); Diplomatische Konferenz; österreichische Delegation.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
10. Bericht des Bundeskanzlers, Zahl 2025-0.236.319, betreffend Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes; Vorschlag an den Herrn Bundespräsidenten.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
11. Bericht des Bundeskanzlers, Zahl 2025-0.161.353, betreffend § 21 Abs. 5 des Bildungsdokumentationsgesetzes 2020, BGBl. I Nr. 20/2021; Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof G 26/2025.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
12. Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Zahl 2025-0.235.588, betreffend Schwerarbeitspension für Pflegeberufe.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
13. Gemeinsamer Bericht des Bundesministers für Bildung, der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für Inneres und der Bundesministerin für Justiz, Zahl 2025-0.307.727, betreffend Erstellung eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Bekenntnis der Bundesregierung 2025 bis 2029 zu Gewaltprävention und Gewaltschutz.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.
14. Gemeinsamer Bericht der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie, des Bundesministers für Bildung und des Bundesministers für Inneres, Zahl 2025-0.312.586, betreffend Kampf gegen Online-Radikalisierung.
Der Ministerrat beschließt im Sinne des Antrages.

Geschäftszahl:
2025-0.148.566

7/5
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Nominierung der österreichischen EWSA-Mitglieder 2025-2030

Die fünfjährige Amtsperiode des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) endet am 20. September 2025. Mit Note vom 13. November 2024 hat daher das Generalsekretariat des Rates die Mitgliedstaaten der EU aufgefordert, die ihnen jeweils zukommenden Mitglieder des EWSA für die neue, am 21. September 2025 beginnende Amtsperiode zu nominieren. Österreich hält zwölf Sitze im EWSA.

Die Erstellung der österreichischen Vorschläge für die Ernennung von Mitgliedern des EWSA obliegt gemäß Art. 23c Abs. 1 B-VG der Bundesregierung. Gemäß Art. 23c Abs. 3 B-VG hat die Bundesregierung dafür Vorschläge der gesetzlichen und sonstigen beruflichen Vertretungen der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens einzuholen.

Mit Note vom 17. Februar 2025 ersuchte das Bundeskanzleramt die Wirtschaftskammer Österreich (drei Vorschläge, einen davon in Abstimmung mit der Industriellenvereinigung), den Österreichischen Gewerkschaftsbund (drei Vorschläge), die Bundesarbeitskammer (zwei Vorschläge), die Landwirtschaftskammer Österreich (zwei Vorschläge), die Bundeskonferenz der freien Berufe (ein Vorschlag) und den Verein für Konsumenteninformation (ein Vorschlag), ihre Nominierungsvorschläge gemäß Art. 23c Abs. 3 B-VG bis zum 17. März 2025 zu übermitteln. Die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sind im Annex aufgelistet.

Über den von der Bundesregierung gefassten Nominierungsbeschluss sind gemäß Art. 23c Abs. 5 B-VG der Nationalrat und der Bundesrat zu unterrichten.

Gemäß Art. 302 Abs. 1 AEUV nimmt der Rat die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder des EWSA mit qualifizierter Mehrheit an. Die Beschlussfassung des Rates erfolgt nach Anhörung der Europäischen Kommission.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung möge

- dem vorstehenden Bericht, einschließlich der Liste der im Annex angeführten Kandidatinnen und Kandidaten, zustimmen und
- mich ermächtigen, den Nationalrat und den Bundesrat von dieser Nominierung zu unterrichten.

16. April 2025

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

ANNEX zum Vortrag an den Ministerrat GZ 2025-0.148.566:

Die österreichischen Kandidatinnen und Kandidaten für die von 21. September 2025 bis 20. September 2030 dauernde Funktionsperiode des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sind:

Gruppe I: Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen:

Herr **MMag. Sebastian REHSE**, Leiter des Bereichs Corporate Affairs & Stakeholder Management bei der Erste Group Bank AG; vorgeschlagen durch die **Wirtschaftskammer Österreich**

Herr **Dr. Johannes REHULKA**, Generalsekretär des Österreichischen Raiffeisenverbandes; vorgeschlagen durch die **Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs**

Herr **Dr. Paul RÜBIG**, Präsident von SME Connect und Mitglied des Verwaltungsrats von ACER; vorgeschlagen durch die **Wirtschaftskammer Österreich** in Abstimmung mit der **Industriellenvereinigung**

Frau **Mag. Christa SCHWENG**, Expertin in der Abteilung für Sozial- und Gesundheitspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich; vorgeschlagen durch die **Wirtschaftskammer Österreich**

Gruppe II: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen:

Herr **Mag. David HAFNER**, Leiter des Europabüros des Österreichischen Gewerkschaftsbundes an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU; vorgeschlagen durch den **Österreichischen Gewerkschaftsbund**

Herr **Thomas KATTNIG**, Mitglied des Bundespräsidiums der Gewerkschaft youunion; vorgeschlagen durch den **Österreichischen Gewerkschaftsbund**

Frau **Sophia REISECKER, BA**, Leiterin der Internationalen Abteilung der Gewerkschaft GPA; vorgeschlagen durch den **Österreichischen Gewerkschaftsbund**

Frau **Mag. Judith VORBACH**, Leiterin AK Europa Büro Brüssel, Ständige Vertretung Österreichs bei der EU; vorgeschlagen durch die **Bundesarbeitskammer**

Herr **Mag. iur. Thomas WAGNSONNER**, Leiter des Bereiches Interessenpolitik in der Arbeiterkammer Niederösterreich; vorgeschlagen durch die **Bundesarbeitskammer**

Gruppe III: Organisationen der Zivilgesellschaft:

Herr **Baurat h.c. DI Rudolf KOLBE**, Präsidiumsmitglied der Bundeskammer der Ziviltechniker:innen sowie der Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs (BUKO); vorgeschlagen durch die **Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs**

Herr **Mag. Martin SCHAFFENRATH, MBA, MBA, MPA**, Verwaltungsrat Österreichische Gesundheitskasse / Aufsichtsratsvorsitzender SV Pensionskasse AG / Kammerrat Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol / Mitglied des Zentralbetriebsrates Tirol Kliniken GmbH; vorgeschlagen durch den **Verein für Konsumenteninformation**

Herr **DI Andreas THURNER**, Referatsleiter EU und Internationale Beziehungen, Landwirtschaftskammer Österreich; vorgeschlagen durch die **Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs**